

AMETA TIMES\$

Wirtschaft

Branchenleader stellen Konzepte für die kommenden Jahre vor.

Leipzig - Heute stellen die führenden Konzerne von Oekoland ihre Konzepte für die kommenden fünf Jahre vor. Die wichtigsten Neuerungen werden im kommenden Artikel vorgestellt.

Die Wirtschaft schien in Ordnung zu sein, als die Regierung ihre Anfangsrede hielt. Sie berichtete von konstanten Wirtschaftsdaten und sozialer Wohlfahrt. Nur kleine Probleme, wie der zu kleine Marktanteil der oekoländischen Unternehmungen sowie der zu ineffiziente Rohstoffverbrauch wurden kurz angetönt. Als Ziele wurden die Förderung des Bildungswesens und die Haltung des tiefen Arbeitslosenniveaus formuliert.

Auch **C-Bord**, die neue, aufstrebende Schuhmarke, gab ambitionierte Ziele an. Sie wollen im internationalen Markt konkurrenzfähig und präsent sein, trotz der Tatsache, dass sie nur ökologisch abbaubare Rohstoffe ohne Chemie zur Produktion verwenden wollen. Ausserdem ist es ihnen wichtig, nahe beim Kunden zu sein und ihm mit einer Just-In-Time-Production jeden Wunsch zu erfüllen. Zusätzlich streben sie ein hohes Lohnniveau für ihre Mitarbeiter an, damit deren Loyalität gewährleistet wird. Dies hört sich zwar soweit gut an, steht jedoch mit dem Ziel der Preiserhaltung im Konflikt, was auch vom Parlament und anderen Instanzen stark kritisiert wurde. C-Bord antwortet darauf, dass man anfangs Einbussen in Kauf nimmt um später Profit zu schlagen. Diesen wollen sie mit dem innovativen Produkt „Sky 7“, welches in einem Schuh sieben Sohlen für verschiedene Zwecke vereint. Ob der Slogan „Mit wenig Chole kriegsch 7 Sole“ bei der Bevölkerung Wirkung zeigt, steht jedoch noch in den Sternen geschrieben.

Die konkurrierende Firma **Skywalker** stellte drei neue Modelle vor, mit denen sie ihren Marktanteil von 21 auf 30 Prozent vergrössern wollen. Der trendige Strassenschuh „Obey I“ soll in erster Linie den Bekanntheitsgrad von Skywalker steigern. Daneben soll mit „J.J Binks“ ein hochwertiger Sportschuh erscheinen, begleitet vom eleganten Frauenschuh Amy Dala, auf den Markt kommen. Die Preise werden dank billigen Rohstoffen aus Übersee und grösstenteils maschineller Produktion tief gehalten. Auch soll die Kapazität und das Fremdkapital gesteigert werden. Durch

Weiterbildung der Arbeitskräfte wird die Qualität der Schuhe gewährleistet. Da die Produktion mit den Rohstoffen aus Südamerika nicht sehr ökologisch ist, wird dieses Manko mit Recycling der Schuhe wieder wettgemacht. Jeder Kunde, der ein abgetretenes Paar Skywalker zurückbringt, bekommt vom Hersteller 10% Rabatt auf ein neues Paar.

Als Vertretung des Volkes wurden zwei Haushalte zur Wirtschaftskonferenz eingeladen, die dort ihre Meinungen mitteilen konnten und auf ihre erbärmliche Lage hinwiesen. Der Haushalt der Trüstis, welcher aus vier Leuten besteht, hat aufgrund seines Ausgabenüberschusses eine sehr schlechte wirtschaftliche Lage. Dies zeigt sich in schlechter Lebensqualität, welche beispielsweise keinerlei Ferien zulässt. Die bescheidenen Ziele dieses Haushaltes sind einen höheren Produktstandard zu erreichen, Energie zu sparen, mehr in die Bildung der Kinder zu investieren, sowie die Verbesserung der Wohnsituation. Diese Ziele wollen sie durch Erhöhung des Arbeitpensums erreichen. Sie wünschen sich dringlichst die Einführung von Kinderkrippen. Ähnliche Wünsche hat der Tinalaura-Haushalt, sie fordern die Erhöhung von Kindergeldern und würden wegen dieser Anhebung eine Vergrößerung der Familie anstreben. Mit dem zusätzlichen Geld wollen sie ebenfalls ihre Wohnsituation verbessern. Darüber hinaus hofft der Haushalt Lauratina darauf, dass sie ihre Ersparnisse zu besseren Konditionen anlegen können. Aus Rücksicht auf die Umwelt wollen sie Energie sparen, den ÖV mehr benutzen und eine effizientere Heizung einbauen. Sie hoffen nach langen Jahren ohne Ferien nach Lohnerhöhungen endlich mal wieder billig in den Urlaub fliegen zu können. Hoffentlich bleibt dies nicht nur ein Traum.

„Das Volk ist selber Schuld, dass es der Wirtschaft dermassen schlecht geht“

Leipzig – Die Parlamentsversammlung, welche heute Morgen stattgefunden hat, sorgte oftmals für hitzige Diskussionen zwischen dem Parlament und den Haushalten und sorgte nicht selten für rote Köpfe.

An der heutigen Parlamentsversammlung wartete das Parlament mit vielen vielversprechend klingenden Initiativen zur Rettung der angeschlagenen Wirtschaft auf. Es wurde zum Beispiel über diverse Steuererhebungen debattiert, darunter die Dienstleistungs- und die Warensteuer. Es wurden zuletzt zwei Alternativen ausformuliert; die Dienstleistungssteuer und die Warensteuer auf 8% zu bestimmen oder die Warensteuer auf 6 % und die Dienstleistungssteuer auf 10% festzulegen. Schlussendlich wurden beide Varianten, nach einer Abstimmung abgelehnt. Einen anderen Aspekt stellten die Zölle in dieser Abstimmung dar; da viele Produzenten ihre Ware im Ausland herstellen, schien es einleuchtend, eine Zolleinführung (CHF 5.-/eingeführtes Stück) zu lancieren um an eine zusätzliche Geldquelle zu gelangen. Nach einer

Abstimmung entschied sich die Versammlung jedoch für eine Belassung der Dinge ohne Zölle, was das eine oder andere Parlamentsmitglied zunehmend in Rage zu versetzten schien. Einen letzten Trumpf schien das resignierende Parlament aber noch im Ärmel zu haben; das Parlament beantragte eine Steigerung der Benzinsteuern auf CHF -.30, was immerhin eine schmerzliche Steigerung von 25% darstellt. Auch hier wurde abermals ein Gegenantrag gestellt, welcher eine Erhöhung auf lediglich CHF -.15 inklusive Oeko – Bonus verlangte. Zum wiederholten konnte sich das demoralisierte Parlament nicht mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen.

Die Jungunternehmer von C-Bord, wagten sich mit einem Antrag auf eine Ertragssteuersenkung auf 25% (statt 30%) in das, durch das Parlament schon angeheizte, Wortgefecht. Sie zogen diesen jedoch wieder zurück und forderten stattdessen ein Mitspracherecht auf das Parlament, also das Recht auf Entzug der Regierungskompetenzen für spezielle Abgaben und Annahmen, was prompt angenommen wurde. Eine beantragte Änderung der Zertifikate wurde abgelehnt.

Der Haushalt der Trübsis forderten vom Staat Kinderkrippen, damit sie längere Zeit zu Arbeit zu Verfügung haben, während ihre Kinder sicher versorgt sind. Dies würde dazu führen, dass die armen Haushalte sich wieder einer besseren Lebensqualität erfreuen könnten, da durch die zusätzlich geleisteten Arbeitsstunden auch mehr finanzielle Mittel zu Verfügung stehen würden. Der Parlamentschef Thomas Lenz wehrte sich jedoch vehement gegen diesen Vorschlag und unterstellt den völlig verdatterten Haushalten, dass sie schuld seien, dass kein Geld vorhanden sei und die Wirtschaft sich darum in so einer misslichen Lage befände. Das Parlament entschied sich schliesslich aufgrund fehlender finanzieller Mittel gegen die Erbauung von Kinderkrippen.

In ähnlichem Kontext schlug der Haushalt Tinalaura dem Parlament vor, ein Kindergeld einzuführen, um die Eltern zu unterstützen. Dies wurde vom Parlament angenommen.

Pressecommuniqué des Parlamentes:

Wir von der Regierung wollten eine indirekte Steuer von 30Rp. auf Diesel und Benzin einführen. Dies sollte zu einer Verminderung der Umweltbelastung führen, die im Jahr 10 viel zu hoch ausgefallen war. Auch das Verkehrsproblem kann so abgeschwächt werden. Unsere Absicht ist somit, dass die Haushalte immer mehr vom privaten Verkehr auf den öffentlichen umsteigen.

Mit dieser Regelung wird die Umweltbelastung geringer und dies trägt wiederum zum sozialen Wohlstand bei. Andererseits soll die zusätzliche Steuer helfen das Defizit der Regierung zu decken.

1. Ausgabe Jahr 11

Wir sind froh, dass unser Vorschlag dieser indirekten Steuer angenommen wurde. Jedoch müssen wir im Jahr 12 einen Ökobonus gewähren. Wir können also nicht selber über die Einnahmen der zusätzlichen Steuer verwalten, sondern müssen sie wieder an die Haushalte und Unternehmen in irgendeiner Form zurück geben. Dieses Gesetz hilft uns somit nicht unser Staatsdefizit zu decken.

Wir wollten auch eine Steuer von 8% auf Dienstleistungen einführen, da Dienstleistungen der grösste Wirtschaftssektor ist. Die Einführung dieses Gesetzes wäre gekoppelt mit einer Herabsetzung der Mehrwertsteuer auf 8%.

Dies würde den Unternehmen viel nützen, da sie Ausgaben einsparen könnten.

Wir können also nicht verstehen, warum unser Gesetzesvorschlag abgelehnt wurde.

Als Drittes beantragten wir Zölle von 12Fr. pro Stück einzuführen. Denn im Jahr 10 hatten die Auslandunternehmen einen höheren Marktanteil in Ökoland als unsere Inlandsunternehmen. Mit den Zöllen sollten unsere Unternehmen wettbewerbsfähiger werden, denn die Produkte aus dem Ausland würden teurer und würden so weniger konkurrenzfähiger. Die Zölle könnten uns auch nebenbei noch helfen das Staatsdefizit zu decken. Doch unser Antrag wurde abgelehnt. Auch dies ist für uns unverständlich, da wir mit diesem Gesetz den Unternehmungen von Oekoland helfen wollten.

Mit der Parlamentssitzung sind wir nicht wirklich zufrieden, da unsere Anträge mehrheitlich abgelehnt wurden. Hingegen wurde der Antrag des Haushaltes 2, Kindergeld einzuführen, angenommen. Dies bedeutet für uns hohe zusätzliche Ausgaben im nächsten Jahr. Unser Staatsdefizit wird dadurch grösser statt kleiner und der Staat wird sich immer mehr verschulden.

Unserem Staatsziel, das Staatsdefizit zu verringern, kamen wir nicht näher, sondern entfernten uns davon. Wenigstens gegen die Umweltprobleme konnten wir ein Gesetz durchsetzen.

Boulevard

Skandal in der Session: Abgeordnete beleidigen das Volk massiv!

Leipzig – In der diesjährigen Parlamentssitzung kam es vermehrt zu hitzigen Diskussionen. Die beiden heissspornigen Abgeordneten Jörg Stimpfle und Thomas Lenz liessen sich zu Beleidigungen gegen das Volk hinreissen.

Während der angeregten Diskussion platzte es aus Thomas Lenz heraus: „Ihr seid doch selbst schuld daran, dass es der Wirtschaft schlecht geht!“, schrie er der Haushaltsvertreterin Tina Jost zu. Diese Beleidigung war der i-Punkt auf einen Abstimmungskampf, der mit harten Bandagen geführt wurde. Die Verlierer aus der Regierung konnten ihre Enttäuschung nicht verbergen, Jörg Stimpfle antwortete auf die Frage des Reporters der AT mit hocharregter Stimme, dass das Volk blind sei! Ob die Population von Oekoland eine solche Beleidigung auf sich sitzen lässt, wird sich bei den nächsten Wahlen bestimmt zeigen. Die AT findet, dass solche Entgleisungen in einer Regierung nichts zu suchen habe und scharf bestraft werden sollten!

Reaktionen der Leser:

Anja R. aus U. schreibt: „Das Parlamentsmitglied Thomas Lenz reagiert schon immer schnell gereizt und aggressiv auf Meinungen, die nicht mit der seinigen übereinstimmen. Dieser Ausbruch des Temperaments war nur eine Frage der Zeit – Ein solcher Mann ist für mich in der Regierung nicht tragbar.“

Katrin B. per Mail: „Dieses aggressive Verhalten gewisser Herren in der Regierung ist meiner Meinung nach hochgradig asozial.“

Gerüchteküche:

Laut der Kommission nahestehender Quellen wurde beim letzten Treffen ernsthaft über den Bau eines neuen AKW am Oekosee diskutiert. Was halten sie von diesen Plänen? Leserbriefe an die Redaktion.

Humoristisches

**Zitat des Tages: „Gleiches mit
Gleichem vergleichen“**

(Jörg Stimpfle, Regierungsmitglied)

**Karikatur des Tages: „AT zeigt
Blinden den Weg“**

Werbungen/Inserate

Ich bin auf der Suche nach einer neuen, umweltfreundliche **Heizung**.
Wenn möglich mit Erdgas betrieben. Sind sie eine vertrauenswürdige Unternehmung
die mir weiterhelfen könnte?

Bitte melden beim TinaLaura Haushalt

Tel: 033 765 38 97

Tagesmutter gesucht!

Wir, berufstätige junge Eltern, suchen eine liebewürdige Tagesmutter/ Nanny,
welche sich an Wochentagen um unsere Kinder im Alter von 5 und 8 Jahren
kümmert. Wenn Sie Freude am Umgang mit Kindern haben und sich dieser Aufgabe
gewappnet fühlen, melden Sie sich unter der folgenden Nummer:

011 123 45 65

Wir freuen uns auf ihre Angebote,

Margarete und Fritz Trüstis